

Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Emanuel Amrein, SP/Cemal Özçelik, SP): Ergänzungsleistungen für Working-Poor Familien

Prüfauftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

1. Die Einführung einer städtisch finanzierten Ergänzungsleistung für Working-Poor Familien zu prüfen, deren Einkommen trotz Erwerbsarbeit der Eltern für den Familien-unterhalt nicht ausreicht.
2. Allfällige alternative Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Familien mit einem geringen Erwerbseinkommen knapp über dem Existenzminimum vor einem strukturellen Armutsrisiko geschützt werden können.
3. Wie die Erwerbsintegration von tiefer qualifizierten Menschen ausserhalb der Sozialhilfe besser gewährleistet werden kann.

Begründung

In dem von der Stadt Bern in Auftrag gegebene Bericht des Büro Bass aus dem Jahr 2017 «Strategien, Massnahmen und Leistungen zur Prävention und Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut in der Stadt Bern», wird unter anderem auf die schwieriger gewordene Erwerbsintegration von Personen mit tiefer Qualifikation, Sprachkenntnissen oder anderen Schwierigkeiten hingewiesen. Diese Situation hat sich mit der digitalen Transformation des Arbeitsmarkts seit 2017 weiter verschärft. Solche Menschen sind oft gezwungen, schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs oder andere prekäre Arbeitsstellen anzunehmen. Die Einführung eines städtischen Mindestlohnes könnte einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Armut trotz Erwerbsarbeit leisten. Allerdings dürfte dies gerade für Familien mit (mehreren) Kindern nicht ausreichen, ihre Lebenssituation über das reine Existenzminimum hinaus zu verbessern. Es ist bekannt, dass sich die finanzielle Situation stark auf die soziale Integration von Kindern und somit auch auf ihre Bildungschancen auswirkt. Da der Bezug von Sozialhilfe nach wie vor mit einer starken Stigmatisierung einhergeht, scheuen sich gerade Working-Poor Familien vor dem Gang zur Sozialhilfe. Ziel sozialpolitischer Massnahmen muss insbesondere sein, einerseits diese Familien vor einem strukturellen Armutsrisiko zu schützen und andererseits dafür zu sorgen, dass die Bildungschancen ihrer Kinder durch die problematische finanzielle Situation und der damit einhergehenden sozialen Ausgrenzung nicht beschränkt wird. Mit der Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien kann die Stadt Bern einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Armut nicht weitervererbt wird. Das Ziel von Ergänzungsleistungen für Familien ist gemäss SKOS sowohl die Besserstellung von Familien mit tiefen Einkommen als auch die Entlastung der Sozialhilfe. Es sind familienpolitische Transferleistungen an Familien, deren Einkommen aus der Erwerbsarbeit ihre Ausgaben nicht zu decken vermögen. Bis heute haben die Kantone Tessin, Solothurn Waadt und Genf kantonale Ergänzungsleistungen eingeführt. Weitere Kantone haben entsprechende Gesetzesvorlagen aufgenommen. Da im Kanton Bern auf kantonaler Ebene zurzeit wenig Chancen bestehen, für dieses wirkungsvolle Instrument gegen Familienarmut Mehrheiten zu finden, wird der Gemeinderat gebeten, die Möglichkeit kommunaler Ergänzungsleistungen allenfalls zusammen mit anderen Städten und grossen Gemeinden zu prüfen.

Bern, 31. Oktober 2024

Erstunterzeichnende: Bernadette Häfliger, Emanuel Amrein, Cemal Özçelik

Mitunterzeichnende: Sofia Fisch, Paula Zysset, Barbara Keller, Lena Allenspach, Johannes Wartenweiler, Chandru Somasundaram, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Matteo Micieli, David Böhner, Muriel Graf, Raffael Joggi, Dominic Nellen, Judith Schenk, Nora Krummen, Timur Akçasayar

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 23. April 2025

Der Gemeinderat